

## **Umfrage der EIB zum Klimawandel – Große Mehrheit der Deutschen denkt, die Bekämpfung des Klimawandels wird der Wirtschaft nicht nützen**

*Nur 14 Prozent der Deutschen denken, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zum Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können. Im EU-Durchschnitt sind es 21 Prozent. Diese Zahlen zeigen das geringe Bewusstsein in Deutschland – und allgemein in Europa – für die wirtschaftlichen Chancen, die durch die Bekämpfung des Klimawandels entstehen können.*

**LUXEMBURG, 28. November 2018** – Die Europäische Investitionsbank (EIB) gab heute die zweite Serie von Ergebnissen einer gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut YouGov durchgeführten Umfrage bekannt. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, was die Menschen in der Europäischen Union, in den Vereinigten Staaten und in China über den Klimawandel denken.

Die zweite Ergebnisreihe legt den Schwerpunkt darauf, wie die Menschen Klimawandel und Wirtschaftswachstum wahrnehmen, ein Aspekt, der auf der Weltklimakonferenz COP 24 nächste Woche in Polen ausführlich diskutiert werden dürfte. Auf dem Gipfel werden Politiker weltweit ihre Meinungen darüber austauschen, wie die im Pariser Übereinkommen vereinbarten Ziele erreicht werden können.

In diesem Zusammenhang liefert die Umfrage der EIB zum Klimawandel wertvolle Daten dazu, wie sich der Klimawandel und seine Bekämpfung nach Ansicht der Europäerinnen und Europäer auf die Wirtschaft auswirken werden. Wie die Umfrage zeigt, denken 49 Prozent der Deutschen, dass sich der Klimawandel für sie durch steigende Kosten bemerkbar machen wird (durch höhere Versicherungsbeiträge, Energiekosten, Steuern usw.). Die finanziellen Folgen bereiten den Deutschen somit beim Klimawandel die größten Sorgen (vgl. Abb. 1 unten). Die Umfrage ergab außerdem, dass sich Menschen mit geringerem Einkommen mehr Sorgen um die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von Klimamaßnahmen machen als Menschen mit hohem Einkommen: 39 Prozent der Deutschen mit einem jährlichen Bruttohaushaltseinkommen von weniger als 24 000 Euro denken, dass sich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken werden, während dem nur 35 Prozent der Deutschen mit mehr als 60 000 Euro zustimmen.

Allgemein kam die Umfrage zu dem Ergebnis, dass sich die Menschen in der EU größere Sorgen über die finanziellen Folgen des Klimawandels machen als US-Amerikaner und Chinesen. 55 Prozent der Europäer denken, dass finanzielle Auswirkungen des Klimawandels sie persönlich betreffen werden, gegenüber nur 40 Prozent der Chinesen und 45 Prozent der US-Amerikaner. US-Amerikaner sehen auch den wirtschaftlichen Nutzen von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels am optimistischsten: 26 Prozent denken, dass sich Klimaschutzmaßnahmen positiv auf die Wirtschaft auswirken können, während dies nur 21 Prozent der Europäer und nur elf Prozent der Chinesen tun.

Vor diesem Hintergrund will die Europäische Investitionsbank (EIB) einer der größten Geldgeber weltweit für die Bekämpfung des Klimawandels sein: Die EIB stellte seit 2011 weltweit mehr als 130 Milliarden Euro für die Durchführung von Klimainvestitionen von mehr als 600 Milliarden Euro bereit. Dies entspricht ungefähr dem polnischen BIP.

Monica Scatasta, Leiterin Grundsatzfragen Umwelt, Klima und Soziales bei der EIB: „Finanzierungen sind ein Schlüsselfaktor bei der weltweiten Bekämpfung des Klimawandels und seiner negativen Folgen. Wir in der EIB glauben fest daran, dass die Finanzierung von Klimavorhaben auch entscheidend zur Erschließung von Wachstumspotenzial und Innovationschancen beiträgt. Vielleicht ist nicht jedem bewusst, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel sich auch sehr positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken und eine beträchtliche Zahl neuer Arbeitsplätze schaffen können. Allerdings sind öffentliche Gelder und die Finanzierungen internationaler Einrichtungen allein nicht genug. Investoren, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie alle Wirtschaftskräfte müssen vor dem Hintergrund der Bedrohungen durch den Klimawandel ihren Beitrag leisten. Wir in der EIB arbeiten daran, diese Kräfte für Klimainvestitionen zu mobilisieren.“

**Abb. 1 – Deutsche denken als Erstes an finanzielle Auswirkungen des Klimawandels, die sie in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich treffen werden.**

- 49 % – Finanzielle Auswirkungen (z. B. Versicherungen, Energie und Lebensmittel werden teurer, höhere Steuern)
- 45 % – Auswirkungen auf die Gesellschaft und soziale Bedingungen (z. B. steigende Zahl von Migrantinnen und Migranten)
- 39 % – Gesundheitliche Auswirkungen (z. B. neue oder schlimmere Krankheiten aufgrund höherer Temperaturen oder extremer Wetterereignisse)
- 36 % – Existenzielle Bedrohungen (z. B. Überschwemmungen, Wassermangel, Konflikte um Ressourcen)
- 26 % – Auswirkungen auf den Lebensstandard (z. B. weniger Nahrungsmittel, geringere Freizeitqualität)
- 13 % – Auswirkungen auf Job und Arbeitssituation (z. B. Verlust von Arbeitsplätzen in klimarelevanten Branchen)
- 13 % – Weiß nicht
- 9 % – Wohnsituation (z. B. Umzug notwendig)
- 7 % – Keines der zuvor genannten
- 2 % – Es gibt gar keinen Klimawandel

**Die EIB-Umfrage zum Klimawandel**

Die Europäische Investitionsbank hat gemeinsam mit dem international tätigen Meinungsforschungsinstitut YouGov eine Erhebung zu den Ansichten der Menschen über den Klimawandel durchgeführt. Die Umfrage soll zur breiteren Diskussion über den Klimawandel beitragen und helfen, die Einstellung der Menschen zum Klimaschutz und ihre Erwartungen zu verstehen. Die EIB wird die Ergebnisse ihrer Umfrage zum Klimawandel in sechs Schritten in diesem und im kommenden Jahr veröffentlichen, wobei jede Datenreihe ein bestimmtes Schwerpunktthema betrachtet. An der Umfrage nahmen 25 000 Personen teil, wobei für jedes Land eine repräsentative Stichprobe ausgewählt wurde.

## **Die Europäische Investitionsbank**

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist die Einrichtung der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen. Ihre Anteilseigner sind die Mitgliedstaaten der EU. Sie vergibt langfristige Mittel für solide Projekte, die den Zielen der EU entsprechen, sowohl in Europa als auch in anderen Ländern. Die EIB ist in rund 160 Ländern tätig. Sie ist der weltweit größte Geldgeber für Klimaschutzinvestitionen. In den fünf Jahren bis 2020 will sie 100 Milliarden US-Dollar für die Ziele des Pariser Übereinkommens bereitstellen.

## **YouGov**

YouGov ist eine internationale Daten- und Analysegruppe. Ihre Daten basieren auf einem hochgradig partizipativen Panel, bestehend aus weltweit sechs Millionen Menschen. Aus diesem kontinuierlichen Datenstrom, kombiniert mit YouGows breiter Forschungsexpertise und Branchenerfahrung, hat die Gruppe eine systematische Forschungs- und Marketingplattform entwickelt.